



Dezernat V/Villa ten Hompel

Öffentliche **Berichtsvorlage**

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Herr Querl
 Telefon: 492-7101
 QuerlS@stadt-muenster.de

Betrifft

Bericht des Beauftragten gegen Antisemitismus im Zuge des landesweiten Meldesystems für Prävention

Beratungsfolge

07.09.2023	Kulturausschuss	Bericht
13.09.2023	Integrationsrat	Bericht
20.09.2023	Hauptausschuss	Bericht

Bericht:

Mit der Vorlage V/0428/2021 wurde dem Kulturausschuss, dem Integrationsrat sowie dem Hauptausschuss über die Benennung eines Beauftragten gegen Antisemitismus in der Stadtverwaltung Münster berichtet.

Stefan Querl, seit 2022 Leiter des Geschichtsort Villa ten Hompel, übt dieses Amt seit dem 9.11.2020 aus. Das Amt wird stellvertretend von Peter Römer übernommen, der als pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter ebenfalls am Geschichtsort tätig ist.

Antisemitismus – ein komplexer Gegenstand der Aufgabe

Der Deutsche Bundestag übernahm 2017 eine Arbeitsdefinition des International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), an der die Bundesrepublik mit 34 anderen Ländern beteiligt ist. Demnach definiert sich der Gegenstand wie folgt: "Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen." Die Bundesregierung hat außerdem folgende Erweiterung verabschiedet: "Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."

Antisemitismus trifft demnach nicht nur Jüdinnen und Juden, sondern die gesamte Gesellschaft. Diese Definition ist ebenso Grundlage für die Arbeit der Länder und Kommunen und ist sowohl in Nordrhein-Westfalen wie auch Münster virulent:

Durch Neueinrichtung verschiedener Strukturen (Antisemitismusbeauftragte und Monitoring-Stellen) auf kommunaler und landesweiter Ebene konnte durch ihre Vernetzung und Zusammenarbeit antisemitische Vorfälle seit 2021 genauer erfasst werden. Dies wird sowohl im Jahresbericht der neu eingerichtete Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) wie auch dem der Antisemitismusbeauftragten des Landes NRW deutlich.

Zur Lagebeurteilung in Nordrhein-Westfalen wurden bis zur Einrichtung der neu erschaffenen Strukturen die polizeiliche Kriminalstatistik herangezogen. Neben diesem durch Gesetzesverstöße aktenkundig gewordenem Antisemitismus wurden zuvor viele antisemitische Beleidigungen, Meinungen und Taten unterhalb der Strafbarkeitsgrenze nicht erfasst.

Dieses Dunkelfeld wird nun erhellt, auch unter Einbeziehung städtischer Angaben und Entwicklungen. Festgehalten werden kann, dass in der Stadt Münster alle Erscheinungsformen des Antisemitismus – etwa NS-Verharmlosung, Erinnerungsabwehr wie auch israelbezogen – quer durch alle Schulformen und Gesellschaftsschichten auftreten. Nicht alle dem städtischen Antisemitismusbeauftragten bekannt gewordenen Fälle (s.u.) in der Stadt Münster sind strafbar, wohl aber gesellschaftlich relevant. Für das Jahr 2022 hatte der städtische Beauftragte insgesamt 75 Fälle zum Thema in der Beratung. Der Wert zeigt, dass Beratungsbedarf in Münster vorhanden ist.

Maßnahmen des Landes gegen Antisemitismus

Nachdem die Landesbeauftragte gegen Antisemitismus, Bundesjustizministerin a.D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger die Einrichtung eines landesweiten Meldesystems gegen Antisemitismus angeschoben hatte, begann im Oktober 2021 auf dieser Grundlage die Sammlung und Analyse antisemitischer Vorfälle im Land durch RIAS NRW, in der neben Straftaten auch Vorfälle unterhalb der Straftatbestandsebene mit eingeflossen sind.

In Westfalen-Lippe und im Rheinland wurden darüber hinaus bereits entsprechende Beratungs- und Fachstellen neu geschaffen. Die Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus, kurz „ADIRA“, ist für den Landesteil Westfalen-Lippe zuständig. Sie ist angesiedelt bei der Jüdischen Gemeinde Dortmund. Sowohl über RIAS NRW als auch ADIRA können Bürger*innen antisemitische Vorfälle melden und/oder sich zum Thema beraten lassen.

Vorfälle und Herausforderungen in Münster

Das Aufgabenspektrum des Beauftragten gegen Antisemitismus in der Stadtverwaltung beinhaltet dabei insbesondere:

- Überblick und Erfassung antisemitisch agierender Akteursgruppen und antisemitischer Vorfälle im Stadtgebiet
- Zuarbeit der o.g. Akteure auf Landesebene
- Erstkontakt für kommunale Akteure, die von Antisemitismus betroffen sind oder Maßnahmen gegen Antisemitismus planen
- Antisemitismuskritische Präventions-, Bildungs- und Vernetzungsarbeit für die Stadt Münster

In der in den letzten drei Jahren in diesem Themen- und Konfliktfeld geschaffenen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen spielt der städtische Antisemitismusbeauftragte eine wichtige Rolle als Ansprechpartner für Akteurinnen und Akteure in Münster, so etwa der Stadtverwaltung wie auch den genannten regions- und landesweit wirkenden Institutionen. Die Vorfälle in der Stadt Münster, über die der städtische Beauftragte Kenntnis erlangt werden je nach Einzelfall zu ADIRA oder RIAS NRW verwiesen wie auch in Münster bearbeitet. Ein Beispiel: Meldet eine Schule einen direkten Bedarf, kann dieser ein pädagogisches Angebot seitens des städtischen Antisemitismusbeauftragten passgenau angeboten werden. Geht es hingegen um Parolen auf einer Demonstration, wird dies RIAS NRW weitergegeben und der Vorfall im Dialog mit davon betroffenen Personen wie der Jüdischen Gemeinde aufgearbeitet.

2022 gab es in der Stadt Münster u.a. Vorfälle in Schulen, Beratungsbedarf durch Lehrkräfte, Graffiti an der Fassade des LWL-Museums und Bezugnahmen bei Versammlungen aus unterschiedlichen politischen Spektren, die in die entwickelte Meldekette mit einfluss und auch oftmals codierte und indirekte Formen des Antisemitismus berücksichtigt. Da Bürgerinnen und Bürger vielfach direkt an die Landesmeldestelle RIAS NRW und der Beratungsstelle ADIRA antisemitische Erfahrungen und Ereignisse melden und dies teils dem persönlich sensiblen Nahbereich betrifft – etwa Erfahrungen in Schulen – erhält der Antisemitismusbeauftragte nicht über jeden einzelnen Fall im Stadtgebiet Kenntnis. Jedoch wird durch Dialog und Kommunikation eine Gesamtübersicht gewahrt.

Herausforderungen und Präventionsmaßnahmen des Städtischen Beauftragten

Beispielhaft sollen hier einige Tätigkeiten und Perspektiven dargestellt werden: Verstärkt durch den Zuzug vieler ukrainischer Geflüchteter, die teils jüdisch sind, steht die jüdische Gemeinde Münster mit ihrem Vorsitzenden Mike Khunger vielfach vor neuen Fragen aus der Community über die Sicherheitslage. Die jüngst in Münster angekommenen Mitglieder der Gemeinde berichten im persönlichen Gespräch von Vorurteilen, vermeintlichen Witzen und der Sorge, in Münster offen als Jüdin und Jude erkennbar zu sein und fragen nach dem Vertrauen in die Stadtgesellschaft. Bei Bedarf und in krisenhaften Situationen hilft der persönliche Kontakt mit der Gemeinde, um passgenau als Stadtverwaltung reagieren zu können, so etwa nach der Flaggenverbrennung einer israelischen Nationalfahne vor der Synagoge 2021.

Ebenso wichtig aber ist die Vernetzung und fortwährende Kooperation im Alltag. Mit gemeinsamen Projekten möchten die jüdische Gemeinde und städtische Einrichtungen einen Beitrag zur kommunal wirkenden, antisemitismuskritischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit leisten. Eine bestehende Kooperation des Geschichtsort Villa ten Hompel gibt es mit dem Jüdischen Museum Westfalen in Dorsten. Hieraus ist in den vergangenen Jahren bereits der Thementag „Antisemi...was? – Reden wir darüber“ entstanden, der seit 2018 fortlaufend sowohl in der Villa ten Hompel als auch in Dorsten mit Schulgruppen durchgeführt wird und als Fortbildungsmaßnahme am Zentrum für Lehrerfortbildung in Münster zum Tragen kommt. Mit der zentralen israelischen Gedenkstätte Yad Vashem bestehen laufend Projekte, so etwa „Yad Vashem Lectures“ in Münster, bei denen sich Multiplikatorinnen und Multiplikatoren antisemitismuskritisch fortbilden können.

Auch die Arbeit des Zentralrats der Juden in Deutschland hat Einfluss auf die kommunale Arbeit. Der städtisch Beauftragte wird sich stellvertretend für die städtische Verwaltung am „Mitzvah Day“ am 19. November 2023 beteiligen, der vom Zentralrat initiiert worden ist.

Kommunale Netzwerkarbeit und Unterstützungen von Akteuren im Stadtgebiet

Die Stadt Münster hat gemeinsam im Dialog mit Polizeipräsidentin Alexandra Dorndorf Antisemitismusprävention innerhalb und außerhalb des Polizeipräsidiums zum Thema gemacht. Ein am 31. Juli geschlossener Kooperationsvertrag zwischen Polizeipräsidium Münster, der Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW, Standort Münster und dem Geschichtsort Villa ten Hompel sieht für alle Behördenmitglieder sukzessive verpflichtende historisch-politische Bildungsseminare in der polizeilichen Aus- und Fortbildung vor, explizit auch als Präventions- und Sensibilisierungsmaßnahme gegen aktuelle Diskriminierungsformen wie Antisemitismus.

Auch die Universität Münster hat die Notwendigkeit zur Bestimmung von Antisemitismusbeauftragten erkannt. Der Dipl.-Theol. Ludger Hiepel führt dieses Amt fortan aus, mit dem der städtische Beauftragte eng im Dialog steht.

Die Vernetzungsarbeit des städtisch Beauftragten kommt auch mit der Bezirksregierung Münster zum Tragen. Ein gemeinsamer Termin mit Regierungspräsident Andreas Bothe sowie der Landesbeauftragten gegen Antisemitismus ist für Frühjahr 2024 vereinbart, um gemeinsame Projekte von Stadt, Bezirksregierung und der Landesbeauftragten in NRW zu planen und zu formulieren.

Ergänzend sei erwähnt, dass 2020 eine Stelle in der Schulpsychologischen Beratungsstelle der Stadt Münster (Systemberatung Extremismusprävention und Demokratiestärkung) eingerichtet wurde. Diese Stelle in Person von Tino Orlishausen unterstützt u.a. Schulen im Umgang mit antisemitischen Vorfällen und berät das (schulische) Personal in der Präventions- und Interventionsarbeit. Gleichzeitig bietet die Schulpsychologische Beratungsstelle Einzelfallberatung und –begleitung bei Vorfällen für Betroffene und pädagogische Fachkräfte an. Ebenfalls können Schulen an kostenlosen Fortbildungen teilnehmen.

Ungeachtet von aktuellen Vorfällen in Münster und anderenorts sowie Vernetzungsmaßnahmen auf städtischer, landes- und bundesweiter Ebene sind Stefan Querl und Peter Römer alltags fortlaufend im Gespräch mit der Jüdischen Gemeinde und mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, mit den Schulen und polizeilichen Institutionen in Münster sowie zivilgesellschaftlich Engagierten. Unterstützt von einer studentischen Hilfskraft, die aus Fördermitteln der Landeszentrale für politische Bildung NRW am Geschichtsort Villa ten Hompel finanziert wird, sind beide Mitarbeiter so-

wohl verwaltungsintern als auch für die Opfer verbaler und physischer antisemitischer Taten Ansprechpartner.

gez.
Cornelia Wilkens
Stadträtin

Anlagen: A